

Siedlung muss wieder handlungsfähig werden

Freitag, 24.06.2011 - 18:06 Uhr

CUXHAVEN. Einigkeit im Rat der Stadt: Die Siedlungs-Gesellschaft mit durch städtische Bürgschaften wieder in die Länge versetzt werden, zu investieren und am Wohnungsmarkt zu agieren.

Über die Dringlichkeit der Anträge von SPD- sowie CDU/FDP und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Siedlung bestand kein Zweifel: Siedlungs-Vorstand Erich Schruff hatte signalisiert, er brauche Geld, um die im Domus-Gutachten vorgegebenen Schritte gehen zu können. "Der Ruf ist erhört, wir werden handeln!" so SPD-Fraktionsvorsitzender Gunnar Wegener.

Nachdem bereits im Verwaltungsausschuss ein Konsens über die Anträge - die Gruppe hatte nur einen knappen Antrag mit dem Wortlaut "Die Handlungsanweisungen aus dem Domus-Gutachten werden vom Vorstand und Aufsichtsrat der Siedlungsgesellschaft Cuxhaven AG, der Verwaltung und dem Rat der Stadt Cuxhaven zeitnah umgesetzt" formuliert - gefunden worden war, waren sich auch die Redner im Rat weitgehend einig: Die Stadt-Bürgschaften müssen kommen - nicht nur, um wieder Investitionen zuzulassen, sondern auch, um als erstes Umschuldungen durchführen zu können, um kurz- in langfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln. Ratsbeschlüsse, die aufgrund der Vorbehalte der Kommunalaufsicht nicht umzusetzen waren, könnten jetzt zur Ausführung kommen.

Alle Formulierungen, die im ausführlichen SPD-Antrag (am Donnerstag in den CN zu lesen) noch "Siedlungsgesellschafts AG" lauten, sollen in Siedlungs-GmbH bzw. "Siedlung neu" umgewandelt werden. Die Umwandlung in eine GmbH soll gekoppelt sein an ein ausführliches Berichts- und Controllingwesen.

Anträgen zugestimmt

SPD-Fraktionsvorsitzender Gunnar Wegener: "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Wir haben gemeinsam Verantwortung zu tragen, das ist unsere Gesellschaft." CDU-Fraktionsvorsitzender Thimo Röhler: "Auch das Kreditgewerbe muss wissen, wie die Stadt mit ihrer eigenen Gesellschaft umgehen kann."

Vorrangiges Ziel solle auch weiterhin die Bereitstellung von (auch für ALG II-Bezieher) bezahlbarem Wohnraum sein. Wobei Helmut Wagner von der FDP auf die Notwendigkeit eines Angebots-Mixes hinwies, um auch weiter konkurrenzfähig zu sein.

"Nach schwierigen zwei Jahren müssen wir selbstkritisch feststellen, dass wir in der Auseinandersetzung auch viel Zeit verloren haben", merkte Bernd Jothe (Bündnis 90/Grüne) an. Mit einem gemeinsamen Beschluss könne nun auch ein Zeichen dafür gesetzt werden, dass es "nicht um uns geht, sondern darum, dass die Siedlung handlungsfähig bleibt."

Die Kritik der "Cuxhavener" an der Geschäftspolitik des Geschäftsführers ("Luxussanierungen") erneuerte Rüdiger Kurmann: "Sie müssten mal die Mieter hören!" Ulrich Schröder (Die Linke) erinnerte an nicht bezahlte Handwerkerrechnungen und betonte: "Hätten wir die Siedlung schon vor acht Jahren in einer GmbH umgewandelt, was hätten wir da für Einwirkungs- und Auskunftsmöglichkeiten gehabt!"

Letztendlich entschied sich der gesamte Rat dafür, dem Dringlichkeitsantrag der SPD zu folgen, der - unter Einhaltung bestimmter Bedingungen - u.a. für die nächsten fünf Jahre die Gewährung einer städtischen Bürgschaft in Höhe von jeweils fünf Millionen Euro vorsieht. Voraussetzung ist die Umwandlung der Siedlungsgesellschaft Cuxhaven AG in eine GmbH oder eine vollständige Rekommunalisierung.

Die Zustimmung zum Antrag der Gruppe war dann nur noch eine Formalie.